Das Gespräch

Lars Calmfors*

„Manchmal helfen Krisen der Einsicht auf die Sprünge“

Ein Gespräch über die wirtschaftspolitischen Reformen in Schweden, über die Arbeitsmarktintegration von Migranten und über die europäische Währungsunion

<https://doi.org/10.1515/wpp-2018-0032>

PWP: Herr Professor Calmfors, es ist noch nicht allzu lange her, da dachte man, wenn jemand vom „schwedischen Modell“ sprach, an einen fast grotesk aufgeblähten, teuren Wohlfahrtsstaat, welcher der Wirtschaft Erhebliches an Wachstumskräften raubt. Doch inzwischen haben umfassende Reformen stattgefunden, die das Land ordentlich umgekrempelt haben, sodass der Begriff „schwedisches Modell“ heute eigentlich eher hierfür stehen sollte. Wie war es möglich, den nötigen politischen Konsens zu erreichen?

Calmfors: Einen großen Wohlfahrtsstaat haben wir immer noch. Aber Sie haben recht, wir haben eine Menge erreicht. Was uns dahin geführt hat, war eine Mischung aus langfristiger Einsicht und kurzfristiger Notwendigkeit. Die siebziger und achtziger Jahre waren in Schweden eine wirtschaftlich nicht besonders erfolgreiche Zeit gewesen. Das

Wachstum war schwach und es kam zu großen konjunkturellen Schwankungen. Wir steckten in einer Spirale aus Inflation und Währungsabwertung. Die ersten Reformen fanden auf den Gütermärkten statt. Damit standen wir nicht allein. Es begann in der angelsächsischen Welt und in ihrem Einflussbereich, überall wurde eifrig privatisiert und liberalisiert, auch bei uns. Darüber gab es so gut wie keine Kontroverse im Land, sozialdemokratische wie auch liberal-konservative Regierungen betrieben dies. Dasselbe galt für unsere Steuerreform. Unser Steuersystem war kein System, es war ein schlimmes Patchwork mit völlig überhöhten Grenzsteuersätzen. Es war einfach für jedermann klar, dass da einmal aufgeräumt werden musste, und das Ergebnis war dann endlich logisch konsistent. Inzwischen hat der Zahn der Zeit und der politischen Auseinandersetzung daran genagt. Damals jedoch gab es auch hierfür einen allgemeinen internationalen Trend, dem wir folgen konnten, in Richtung von breiteren Bemessungsgrundlagen und moderateren Steuersätzen. Dabei haben wir es durchaus etwas intelligenter angestellt als manche ande-

*Kontaktperson: Lars Calmfors, IFN – Research Institute of Industrial Economics, Stockholm, E-Mail: Lars.Calmfors@ifn.se

ren Länder, unter anderem indem wir gleich eine duale Besteuerung eingeführt haben, die zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen trennt. Jedenfalls bedurfte es für diese Reformen noch nicht einmal einer akuten Krise.

PWP: *Die kam dann in den frühen neunziger Jahren.*

Calmfors: So ist es. Da erlebten wir eine tiefe, verstörende Staatsschuldenkrise, verbunden mit wirtschaftlicher Stagnation, hoher Arbeitslosigkeit und einem Absturz der schwedischen Krone. Daraufhin sind wir zum Floating der Währung übergegangen. In dieser Situation gab es einen neuen, diesmal der Notwendigkeit geschuldeten Impuls, Reformen anzupacken. Das Staatsdefizit betrug ungefähr 11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), und es war klar, dass eine fiskalische Konsolidierung notwendig war. Also haben wir das gemacht – nicht etwa, weil die EU uns das abverlangte, sondern weil die Märkte uns das sagten. Auch hier bestand Konsens. In diesem Zusammenhang änderten wir zudem unser Budgetierungsverfahren.

PWP: *Inwiefern?*

Calmfors: Zuvor stimmten die Abgeordneten im Parlament immer nur über diverse Ausgabenposten ab, und am Ende ergab sich daraus irgendeine Summe. Erst seit Mitte der neunziger Jahre gibt es zunächst eine Abstimmung über das Gesamtvolumen des Budgets, und dem müssen sich die Ausgabenpläne unterordnen. Außerdem wurden die staatlichen Ausgaben generell mittelfristig gedeckelt und man hat ein globales fiskalisches Überschussziel festgeschrieben, über alle Gebietskörperschaften hinweg. Der gesamtstaatliche Überschuss soll 1 Prozent des BIP betragen, nicht mehr und nicht weniger. Ein solches Überschussziel ist bis heute in Kraft und hat sehr geholfen, die öffentliche Verschuldung zu reduzieren. Und weil sich die öffentliche Verschuldungssituation so sehr verbessert hat, konnte das Überschussziel verringert werden; von 2019 an beträgt es nurmehr 0,33 Prozent des BIP.

PWP: *Sie haben in einem Paper¹ erwähnt, dass es keinen formalen Sanktionsmechanismus für diese Regeln gibt, sie trotzdem aber geflissentlich befolgt werden. Da kann man nur bewundernd staunen. Warum ist das so?*

Calmfors: Wir Schweden sind eben Lutheraner. Und abgesehen davon war die Staatsschuldenkrise ein derartiger

Schock, vor allem die damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit – das gab zu denken und hinterließ Spuren. Wir Schweden hatten bis etwa 1992 immer stolz darauf sein können, dass unsere Arbeitslosigkeit bei nicht mehr als 2 bis 3 Prozent lag. So erkläre ich mir die fiskalische Disziplin auf zentralstaatlicher Ebene. Was aber in der Tat erstaunlich ist, ist der strikte Regelgehorsam der unteren Gebietskörperschaftsebenen, der Kommunen und Regionen, die den Löwenanteil der staatlichen Budgets auf sich vereinigen. Auch da gibt es keine Sanktionsmechanismen.

PWP: *Liegt das an den politischen Präferenzen der Bürger? Verspielt ein Kommunal- oder Regionalpolitiker seine Reputation, wenn er die Verschuldung hochtreibt?*

Calmfors: Ich bin mir überhaupt nicht sicher, dass die Leute das übelnehmen würden. Es ist einfach so, in Schweden nimmt man Regeln sehr ernst. Das sehen Sie auch an unserem Verhalten in der EU. Wir wehren uns zwar gegen so manche Regel, aber wenn sie erst einmal eingeführt ist, dann halten wir uns an sie. Wir benehmen uns in dieser Hinsicht nicht wie die Griechen oder die Italiener.

PWP: *Auch in der Geldpolitik hat sich in den neunziger Jahren einiges geändert.*

Calmfors: Ja. Wir mussten die Krone floaten lassen, führten ein Inflationsziel ein und gaben der Reichsbank 1999 Unabhängigkeit. Das hatten Ökonomen schon in den achtziger Jahren ins Gespräch gebracht, doch damals war die Idee einer unabhängigen Notenbank als völlig undemokratisch zurückgewiesen worden. Der Widerstand war riesig. Nun aber, gleichsam über Nacht, war ein Befreiungsschlag möglich. Der Impuls kam zu einem nicht geringen Anteil aus der Interaktion mit der Europäischen Union und der Währungsunion. Als wir entschieden, dass wir außerhalb der Währungsunion bleiben wollten, war klar, dass wir im Folgenden aus eigener Kraft gegen die Inflation ankämpfen mussten. Und dafür brauchte die Reichsbank nun einmal Unabhängigkeit. Das sahen dann auch die Sozialdemokraten ein.

PWP: *Sie waren Vorsitzender der Regierungskommission, die sich mit der Frage befasst hat, ob Schweden der Währungsunion beitreten soll. Warum haben Sie abgeraten?*

Calmfors: Wir empfanden das Projekt des Euro schlicht als zu riskant für Schweden. Wir befanden uns in einer tiefen wirtschaftlichen Krise mit hoher Arbeitslosigkeit und sehr hoher Staatsverschuldung. Es wäre uns in dieser

¹ Calmfors, L. (2012), Sweden – from macroeconomic failure to macroeconomic success, *CESifo Working Paper* Nr. 3790.

Lage unmöglich gewesen, uns der Fiskalpolitik zu bedienen, um gegen weitere negative Nachfrageschocks vorzugehen. Zu dieser Zeit wäre es sehr gefährlich gewesen, die Kontrolle über die Geldpolitik aufzugeben. Es war eine bessere Option, den Ordnungsrahmen für die heimische Geldpolitik zu reformieren.

PWP: *In dem gesamten Prozess der Erneuerung waren gewiss auch die Arbeitsmarktreformen sehr wichtig.*

Calmfors: Ja, insbesondere was die Lohnfindung angeht. Wir hatten seit der Mitte der siebziger Jahre starke Lohnzuwächse und verloren erheblich an Wettbewerbsfähigkeit. Da steckten wir, wie gesagt, in einer Spirale fest: Gegen den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit waren wir mit Abwertungen vorgegangen; dadurch kam es zu stärkerer Inflation und infolgedessen zu abermals höheren Lohnabschlüssen, die wiederum der Wettbewerbsfähigkeit schaden, und wir mussten neuerlich abwerten. Und immer so weiter. Auf dem Höhepunkt der Krise in den frühen neunziger Jahren nahmen die Lohnzuwächse natürlich ab. Aber sobald dank dieser Zurückhaltung die Arbeitslosigkeit auch nur ein wenig nachließ, gingen die Lohnzuwächse sofort wieder hoch. Es war klar, dass es so nicht länger weitergehen konnte, und die Regierung drohte den Tarifparteien an, in die Lohnfindung einzugreifen. Das verfehlte seine Wirkung nicht. Die Tarifpartner in der Industrie setzten sich an einen Tisch und einigten sich auf einen Rahmen für Lohnzurückhaltung, und ihre jeweiligen Abschlüsse sollten nunmehr Pilotcharakter für alle anderen Branchen bekommen.

PWP: *Und die anderen Branchen ließen das mit sich machen?*

Calmfors: Ja. Sie müssen sehen, wo wir herkamen. In den fünfziger und sechziger Jahren war die Lohnfindung vollkommen zentralisiert, sie lag beim schwedischen Arbeitgeberverband und dem Gewerkschaftsbund. In den siebziger und achtziger Jahren bröckelte das Kartell, und es kam zu einigen branchenspezifischen Abschlüssen. Die waren aber gänzlich unkoordiniert. Und wie meine Forschung ergeben hat, sind branchenspezifische Abschlüsse der Lohnzurückhaltung am wenigsten zuträglich. Lohnzurückhaltung ergibt sich eher bei stark zentralisierter – oder wenigstens koordinierter – Lohnfindung oder bei Verhandlungen auf Betriebsebene. Für zentralisierte und koordinierte Verfahren gilt das, weil die Tarifpartner die gesamtwirtschaftliche Lage berücksichtigen müssen; für Verhandlungen auf Betriebsebene deshalb, weil man dort den Wettbewerbsdruck besonders deutlich spürt. Die Ko-

ordinierung, auf die man sich Ende der neunziger Jahre geeinigt hat, ist nur eine informelle soziale Norm, aber sie zwingt effektiv zur Zusammenarbeit und zur lohnpolitischen Vernunft. Diese Norm ist sehr stark. Es gibt zwar im Hintergrund ein staatliches Mediationsbüro, das im Notfall eingreifen kann, aber das ist nicht nötig.

PWP: *Hat dieses neue Verfahren des Tarifkartells – denn ein solches ist es nach wie vor – auch in der Praxis tatsächlich Lohnzurückhaltung bewirkt?*

Calmfors: Ja, das hat es. Ich mag das System trotzdem nicht, und zwar deshalb, weil es die relativen Löhne davon abhält, sich zu verändern. Es ist zu rigide. Die Flexibilisierung, die ich empfehle, steht bei den Tarifpartnern in der Industrie allerdings nicht gerade hoch im Kurs. Sie haben übrigens Recht, von einem Kartell zu sprechen. Das kollektive System deckt ungefähr 90 Prozent der abhängig Beschäftigten ab. Daran hat sich auch im Laufe der Zeit nichts geändert. Viele Arbeitgeber würden Haustarifverträge durchaus vorziehen, aber daran sind die Gewerkschaften nicht interessiert. Die Gewerkschaften sind in Schweden nach wie vor sehr mächtig, der Organisationsgrad liegt heute immer noch bei 70 Prozent.

PWP: *Das ist sehr hoch. In Deutschland liegt er bei weniger als 20 Prozent, in Frankreich sogar nur bei 8 Prozent.*

Calmfors: Ja. Jedenfalls sind die Arbeitgeber den Gewerkschaften dahingehend entgegengekommen, dass sie auf Verhandlungen auf Betriebsebene verzichtet haben, und die Gewerkschaften haben sich im Gegenzug auf bescheidenere Forderungen eingelassen. Das bisschen Flexibilität, das es in diesem Kollektivsystem gibt, verdanken wir sogenannten „zahlenlosen Abkommen“. In diesem Fall schließen die Tarifparteien ein zentrales Abkommen ab, das nur eine Einigung auf ein lokales Verfahren enthält, aber keine definitiven Maßgaben für die Lohnzuwächse. Am stärksten verbreitet sind diese Abkommen erstaunlicherweise im öffentlichen Sektor. Wir haben also mehr Flexibilität beim Staat als in der Privatwirtschaft, können Sie sich das vorstellen? Im öffentlichen Dienst fallen etwa 50 Prozent aller Angestellten unter diese zahlenlosen Abkommen, zum Beispiel Lehrer und Krankenschwestern – das sind Berufe, für die es eine große Überschussnachfrage gibt. Es besteht immer die Gefahr, dass die Gewerkschaften wieder zur zentralen Festsetzung einer konkreten Zahl für den Lohnzuwachs zurückkehren, wenn man sich lokal nicht einigen kann. Für die Arbeitgeber bedeutet das einen Anreiz, sich den Wünschen der Arbeitnehmer nicht zu sehr zu versperren.

PWP: Insgesamt ist Ihnen das aber noch nicht genug an Flexibilität.

Calmfors: Nein. Sehen Sie, Schweden ist wirtschaftlich sozusagen ein bisschen wie ein Mini-Deutschland. Wir haben wie Deutschland einen großen Handelsbilanzüberschuss, und das schon seit Jahrzehnten. Unsere Bevölkerung altert, was bedeutet, dass weniger gespart und mehr für nicht-handelbare Güter und Dienstleistungen ausgegeben wird, sowohl staatlich als auch individuell. Die Ausgaben für medizinische Versorgung und Pflege nehmen zu, und die Nachfrage nach dem entsprechenden Personal steigt. Aber diese Leute müssen irgendwo herkommen. Es ist ja nicht so, dass wir eine entsprechende Reservearmee an Arbeitslosen dafür mobilisieren könnten. Natürlich haben wir eine Menge Arbeitslose, aber die verfügen nicht über die dafür notwendigen Fähigkeiten. Für mich ist dieses Gesamtbild ein Zeichen, dass wir relative Lohnsteigerungen brauchen. Die Löhne für Arbeitnehmer in den Sektoren nicht-handelbarer Güter und Dienstleistungen müssen steigen. Wir können uns das auch durchaus leisten. Es ist nicht zwingend notwendig, auf Dauer einen Überschuss von 4 bis 5 Prozent in der Handelsbilanz zu haben. Im Gegenteil, wir sollten einen solchen großen Überschuss nicht haben. Wir haben für das Alter gespart,

und jetzt sind wir alt. Die Zeit ist gekommen, diese Rücklage aufzulösen und zu nutzen. Und in dieser Lage ist es ganz und gar nicht hilfreich, wenn alle Löhne in ihrer Entwicklung – und eben in der Struktur ihrer Entwicklung – einheitlich und strikt an die Einigung in der Industrie gekoppelt sind.

PWP: Wozu raten Sie?

Calmfors: Eine Möglichkeit wäre, dass die Einigung in der Industrie auch weiterhin die soziale Norm bleibt, aber dann müssen die Tarifpartner in der Industrie stärker als bisher den Rest der Volkswirtschaft mitbedenken. In gewissem Ausmaß haben sie einen natürlichen Anreiz dazu, denn wenn sie das nicht tun, bricht das System irgendwann zusammen. Eine andere Möglichkeit bestünde darin, der Industrie die Normsetzung zu entziehen, sodass eine Vielfalt verschiedener Branchenverbände mit den Gewerkschaften verhandelt und derjenige, der zuerst abschließt, das Vorbild für den Rest der Wirtschaft abgibt. Das würde bedeuten, dass es automatisch einen größeren Einfluss anderer Branchen gäbe. Und die dritte Möglichkeit bestünde darin, das System zu öffnen. Man braucht dringend einen Mechanismus, der relative Lohnveränderungen ermöglicht, um auf neue Knappheiten zu reagieren. Das halte ich für sehr wichtig, um den Arbeitsmarkt effizient zu halten. Aber die Leute, die an den Verhandlungstischen der Industrie sitzen, auf beiden Seiten, wollen sich das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen lassen und sich auch nicht in die Karten schauen lassen. Sie wollen diese Normsetzung wie bisher in den Hinterzimmern halten.

PWP: Gerade der schwedische Arbeitgeberverband gilt doch als sehr marktwirtschaftlich orientiert, um nicht zu sagen als nachgerade „neoliberal“? Ist es ein Fall von kognitiver Dissonanz, wenn gerade auch diese Arbeitgeber am Arbeitsmarkt den Wettbewerb scheuen und am Kartell festhalten?

Calmfors: Das würde ich durchaus so ausdrücken. Freunde des Wettbewerbs sind sie nur auf den Gütermärkten, nicht aber auf den Arbeitsmärkten. Man muss sich nur an das Monopson-Modell aus der Mikroökonomik erinnern, dann versteht man dieses Verhalten. Das Monopson-Modell sagt uns, dass die Gewinne von Monopsonen steigen, wenn diese die Löhne niedriger ansetzen als den Marktlohn unter Wettbewerbsbedingungen, auch wenn das zu einem Mangel an Arbeitskräften führt. Insofern verhalten sich die Arbeitgeber in der Industrie vollkommen rational. Aber ihr Verhalten dient eindeutig

nicht der sozialen Effizienz. Sonderlich überraschend ist das nicht. Sie sind nun einmal eine Interessengruppe. Ehrlich gesagt ist es aber auch ziemlich offensichtlich, dass sie nicht viel von Ökonomie verstehen. Viele der Leute, die konkret an den Verhandlungstischen sitzen, haben einen juristischen Hintergrund. Sie denken anders. Sie haben kein Verständnis für die Interaktionen zwischen den verschiedenen Sektoren einer Volkswirtschaft.

PWP: *Das System der Lohnfindung ist allerdings nur ein, wenn auch wichtiger Teil des Regelrahmens, der für den Arbeitsmarkt von Bedeutung ist. Wie sieht es mit dem Rest aus?*

Calmfors: Das war sehr lange ein wunder Punkt. Arbeitslosenversicherung, Krankenkasse, Frühverrentung – da ist lange nicht viel passiert. Anders als auf anderen Politikfeldern wurden hier Reformen sehr kontrovers diskutiert. Erst die liberal-konservative Regierung, die 2006 ins Amt kam, packte die notwendigen Arbeitsmarktreformen tatsächlich an. Sie verpasste den Auszahlungen der Arbeitslosenversicherung einen degressiven Verlauf; sie verschärfte die Regeln für den Bezug von Krankengeld und für die Frühverrentung; sie führte einen „Earned income tax credit“ (EITC) ein, um die Anreize zur Arbeitsaufnahme zu stärken. Das hatte eine große Wirkung, Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung nahmen deutlich zu. Das klingt erst einmal gut, und es war richtig und wichtig, aber ich fürchte, man ist etwas über das Ziel hinausgeschossen. Denn diese Reformen haben die Einkommensunterschiede in Schweden drastisch vergrößert. Der Gini-Koeffizient für das verfügbare Einkommen ist stark gestiegen. Ein Teil der Ursache dafür ist, dass Kapitaleinkommen vom Umfang her wichtiger geworden sind als andere Quellen des Einkommens, und beide sind in der Gesellschaft äußerst ungleich verteilt. Die Einkommen am unteren Ende bewegen sich nur sehr langsam.

PWP: *Wie sieht es denn mit der Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt aus?*

Calmfors: Da haben wir wirklich ein Problem. Damit beschäftige ich mich im Augenblick sehr viel. Zwischen Personen, die in Schweden geboren sind, und Zugewanderten besteht eine große Kluft auf dem Arbeitsmarkt. Was die Arbeitslosigkeit angeht, sprechen wir hier etwa von einer Größenordnung von 8 Prozentpunkten. Besonders prekär ist die Lage von nicht-europäischen Einwanderern, von Menschen aus dem Mittleren Osten oder aus Afrika. Sie werden ja schon als beschäftigt gezählt, wenn sie nur eine Stunde wöchentlich arbeiten. In dieser Gruppe jedoch ist

die Beschäftigung sehr häufig nur vorübergehend, sie bezieht sich nur auf Teilzeit, und sie ist subventioniert. Wie wir damit umgehen sollen, wird in Schweden ausgesprochen kontrovers diskutiert. Die Sozialdemokraten vertreten die Linie, dass wir mehr Geld für Bildung ausgeben müssen, um die Produktivität dieser Arbeitskräfte zu heben. Dagegen kann niemand sein, aber das Problem ist von einer solchen Größenordnung, dass es wohl kaum gelingen wird, die Arbeitslosigkeit dieser Gruppe durch ein Mehr an Bildung wegzubekommen. Woher soll sie auch kommen? Wir haben einen riesigen Lehrermangel in Schweden. Die Schulen fahren sehr schlechte Pisa-Resultate ein. Schon ohne alle die zusätzlichen Erfordernisse durch die Migration kommen wir nicht klar.

PWP: *Und was folgt daraus?*

Calmfors: Natürlich sollten wir alles tun, was wir nur irgend können, aber es wird nicht ausreichen. Wir wissen aus wissenschaftlichen Studien, dass Ausbildungsinvestitionen für Erwachsene deren Arbeitsmarktfähigkeit erhöhen – aber der Effekt ist leider nicht groß, und er braucht lange, um sich einzustellen. Es wird sechs bis sieben Jahre dauern, bis er messbar ist. Und dabei ist dann noch nicht einmal klar, dass diese Investition sozial effizient ist. Man muss bei solchen Rechnungen auch die Kosten berücksichtigen, und es ist alles andere als klar, dass die Nettoerndite positiv ist. Was die subventionierten Beschäftigungsverhältnisse angeht, treffen sie nicht auf eine große Nachfrage. Das System ist ziemlich großzügig angelegt, aber es ist kompliziert, es umfasst viele verschiedene Programme, und für die Arbeitgeber ist damit eine Menge Bürokratie, Unsicherheit und Risiko verbunden. Man kann da sicher marginal etwas verbessern, und dazu gibt es eine Menge Vorschläge, aber nach aller empirischen Evidenz sollten wir uns auch davon nicht die Lösung aller Probleme versprechen. Ein Grund dafür, dass die Arbeitgeber zurückhaltend reagieren, liegt darin, dass die Subventionen zeitlich befristet sind.

PWP: *Dauerhafte Subventionen würden mehr erreichen, aber das wäre sehr teuer – und eine allokativen Verzerrung.*

Calmfors: Eben. Und dann kommt das schon erwähnte Problem der nicht hinreichenden Lohnspreizung hinzu. Im Wirtschaftsbeirat für Arbeitsmarktpolitik, den die schwedische Organisation der Arbeitgeber eingerichtet hatte, haben wir untersucht, wie sich die Löhne der Geringqualifizierten entwickelt haben. Es ist sehr interessant, die Resultate mit Deutschland zu vergleichen. In Deutschland hat die Beschäftigung Geringqualifizierter parallel mit der

Lohnspreizung stark zugenommen. Bei uns in Schweden gibt es weder das eine noch das andere. Der Beirat hat deshalb immer wieder angemahnt, dass wir mehr Lohnspreizung brauchen, insbesondere nach unten. Im europäischen Vergleich hat Schweden die geringste Zahl an Beschäftigungsverhältnissen für einfache Tätigkeiten, die keiner besonderen Qualifikation bedürfen. Doch wir haben sehr viele geringqualifizierte Einwanderer aufgenommen. Das passt nicht zusammen.

PWP: *Dann müsste man wahrscheinlich erst einmal beim Mindestlohn anfangen und ihn nach unten setzen.*

Calmfors: Exakt. Da beginnt das Problem. Wobei wir keinen gesetzlichen Mindestlohn haben, sondern er ergibt sich aus den Tarifverhandlungen. Ein Großteil der Diskussion in Schweden hat sich darum gedreht, neue Arten von Jobs zu definieren, die noch geringere Qualifikationen voraussetzen als das, was im System bisher vorgesehen war. Nur müssen sich, damit das wirkt, auch die Löhne deutlich nach unten bewegen. Die liberal-konservativen Parteien befürworten das, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften sind dagegen. Es ist auch nicht so, dass die Lohnsubventionen überhaupt keine Wirkung zeigen, aber es ist wenig wahrscheinlich, dass sich damit Großes erreichen lässt. Immerhin haben empirische Studien gezeigt, dass ein großer Anteil – etwa 45 Prozent – der Arbeitslosen, die schon bestehende geringqualifizierte Jobs angenommen haben, im Laufe von 10 Jahren zu besser qualifizierten Stellen aufgestiegen sind. Diese Jobs wirken also zu einem großen Teil als ein Sprungbrett auf dem Weg zu besserer Beschäftigung. Was ich sagen will: Ich bin nicht gegen Lohnsubventionen, ich bin auch nicht gegen eine großzügige Unterstützung der Qualifizierung dieser besonders betroffenen Einwanderergruppen, und ich sehe auch nicht, wie man ohne sie die Lage verbessern könnte. Aber das Problem ist derart groß, dass wir es nicht werden bewältigen können, wenn wir nicht zusätzlich mehr Lohnspreizung akzeptieren, obwohl wir schon jetzt mehr davon haben als früher. Aber wir leben heute in einer anderen Welt als früher.

PWP: *Wie hat diese Entwicklung die Stimmung in der Bevölkerung berührt?*

Calmfors: Die Stimmungslage hat sich über Nacht geändert. Alle politischen Kräfte waren gegenüber Einwanderern immer sehr offen. Wir haben alle willkommen heißen. Aber 2015 hat sich das gedreht, da war den Menschen nicht mehr klar, wie das alles weitergehen soll. Das erklärt zu einem guten Teil auch das Aufkommen der

rechtspopulistischen Partei, der sogenannten Schweden-
demokraten. Verstehen Sie mich richtig, die sind schrecklich, zum Teil haben sie Nazi-Wurzeln. Aber sie sprechen Probleme an, die andere Parteien lieber nicht benennen, und das ist fatal. Dass es einen Trade-off zwischen der Aufnahme großer Zahlen an geringqualifizierten Migranten und dem Funktionieren des schwedischen Arbeitsmarkts nach altbekanntem Muster gibt, ist klar, und in der Auseinandersetzung damit kann man zu verschiedenen Schlussfolgerungen kommen. Aber dem Problem muss man sich schon ehrlich stellen. Als sich bei uns die Stimmung radikal veränderte, war es vorbei mit der Offenheit, und wir haben sehr strenge Regeln eingeführt. Um es klar zu sagen: Wir sind noch immer sehr großzügig in der Gewährung von Asyl, aber wir tun alles, um zu verhindern, dass jemand, der asylberechtigt sein könnte, überhaupt den Weg hierher findet. Wer ihn doch findet, für den ist es nicht leicht. Er bekommt nur noch eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigung, und er darf seine Familie nicht nachholen. Das ist schon hart.

PWP: *Schweden ist nicht Mitglied im Euro-Raum. Trotzdem befassen Sie sich wissenschaftlich auch mit der Frage nach den notwendigen Reformen in diesem Club der Gemeinschaftswährung. Haben Sie den Eindruck, dass der Euro-Raum auf dem richtigen Weg ist?*

Calmfors: Fangen wir vielleicht damit an, dass ich meiner Skepsis Ausdruck verleihe, was die Idee einer Fiskalunion angeht, weil ich mir nur schwer vorstellen kann, dass die Mitgliedstaaten wirklich ihre fiskalische Autonomie aufgeben. Der Nationalstaat hat dafür einfach zu viel mit Fiskalpolitik zu tun. Die Fiskalpolitik zu zentralisieren, ist eine logische Lösung in der Theorie, wenn man das No-Bailout-Prinzip aufgegeben hat. Aber zugleich ist die Fiskalpolitik eben doch das Herz der nationalen Souveränität. Nur bedarf es dafür wirklich anderer Regeln. Die bisherigen Regeln sind in ihrer Struktur doch ein absoluter Witz. Es gibt viel zu viele Regeln. Es gibt Deckel für die Staatsdefizite und für die Verschuldung, und wenn man die nicht einhält, gibt es eine Regel dafür, wie schnell man wieder unter den Deckel kommen muss; es gibt mittelfristige Ziele und Regeln dafür, wie schnell man sie erreichen muss; es gibt Regeln für die Staatsausgaben. Wofür gibt man sich Regeln, wenn nicht dafür, dass sie als Benchmark dienen, auch in der öffentlichen Debatte, sodass die Leute darauf reagieren können, wenn davon abgewichen wird? Das aber setzt voraus, dass der Durchschnittsbürger einen Gesamteindruck von den Regeln haben kann, und das erscheint mir hier unmöglich. Die Regeln sind viel zu kompliziert. So funktionieren Regeln nicht.

PWP: Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat durchaus keine komplette Zentralisierung der Fiskalpolitik vorgeschlagen, sondern nur ein eigenes, ziemlich überschaubares Budget. Was stört Sie daran?

Calmfors: Im Prinzip eigentlich wenig, wenn es für Stabilisierungspolitik eingesetzt wird. Aber ich glaube, niemand will das wirklich. Die Idee wird auf jeden Fall noch einige Zeit sehr kontrovers diskutiert werden. Ich erwarte mir viel mehr von der Bankenunion. Sie ist noch lange nicht vollständig, und da müssen mehr Ressourcen hineinfließen, insbesondere zur Bankenabwicklung. Außerdem braucht es eine europäische Einlagensicherung.

PWP: Darüber besteht allerdings auch keine Einigkeit, gerade viele deutsche Ökonomen sind der Ansicht, dass die Einlagensicherung sehr gut in nationaler Hand verbleiben kann und dass eine Vergemeinschaftung systematisch zulasten der guten Risiken ginge.

Calmfors: Ich weiß. Wenn es eine einheitliche Bankenaufsicht gibt, dann sind diese Risiken substantiell reduziert. Aber es stimmt schon, ganz ohne Moral hazard wird es nicht abgehen. Doch zugleich besteht das Risiko, dass ein Land in einer systemischen Krise überfordert und nachgerade überwältigt wird. Bail-in-Regeln werden in einer neuerlichen internationalen systemischen Krise nicht funktionieren. Es wird ganz genauso ablaufen wie 2007. Denn die Finanzmärkte frieren in einer solchen Situation ein. Und genau darum brauchen wir mehr Ressourcen auf zentraler Ebene, das ganze Programm, den ESM, einen Abwicklungsfonds und auch irgendeine Form der europäischen Einlagensicherung. Ich befürworte einen Beitritt Schwedens zur Bankenunion, auch ohne Euro. Wir haben in Schweden einen großen, stark in die europäischen Kreditmärkte integrierten Bankensektor. Da gibt es viele Spillovers. Aber ich verstehe sehr wohl auch das

Argument, dass wir das erst tun sollten, wenn der Euroraum die Altlasten im Bankgewerbe in Griechenland, Zypern, Italien, Spanien und Portugal bereinigt hat. Uns treiben da dieselben Sorgen um wie die Deutschen. Mich würde es beruhigen, wenn es einen klaren Ablaufplan gäbe, wie die Altlasten abgewickelt werden. Noch etwas Weiteres ist erforderlich: Eine Begrenzung für den Umfang, in dem Banken die Anleihen ihrer eigenen Staaten ins Portfolio nehmen dürfen. Das ist der einzige gangbare Weg.

PWP: Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal auf meine Ausgangsfrage zurückkommen. Was braucht es, damit solche wichtigen Reformen möglich werden? Was spielt die größte Rolle – die politischen Mehrheitsverhältnisse, die Stimmung im Land, das internationale Umfeld, das Timing, die Persönlichkeit der Handelnden?

Calmfors: Ich glaube, dass all das eine wichtige Rolle spielt, was Sie erwähnen, und wie ich vorhin schon sagte, manchmal gibt es einen Konsens aus Einsicht, und manchmal helfen Krisen der Einsicht auf die Sprünge. Ich bin für beide Szenarios überzeugt, dass auch die Wissenschaft etwas beizutragen hat. Das habe ich im Laufe meines Lebens in Wissenschaft und Politikberatung gelernt. Selbst wenn eine bestimmte Reform jahrelang, jahrzehntelang undenkbar erscheint und auf vollkommene Ablehnung stößt, kann sich irgendwann doch noch ein politisches Möglichkeitsfenster auftun. Wenn man ein kohärentes Argument vorträgt, besteht immer die Chance, dass es irgendwann von jemandem aufgegriffen wird. Es reicht nicht, mit seiner Expertise erst dann präsent zu sein, wenn sich das Fenster öffnet. Man muss viel früher aufstehen und den Boden dafür bereiten. So ist es mir, wie gesagt, mit dem Rat ergangen, der Reichsbank Unabhängigkeit zu geben. Irgendwann war die Zeit reif dafür, und es half zusätzlich, dass die EU in diese Richtung drängte und wir seinerzeit noch nicht geklärt hatten, ob wir den Euro einführen wollten. Oder lassen Sie mich ein anderes Beispiel geben.

PWP: Gerne.

Calmfors: Ich war Mitglied einer Regierungskommission zur Fiskalpolitik. Das war noch vor dem Referendum über die Einführung des Euro, in dem die schwedischen Stimmbürger mehrheitlich nein gesagt haben. Die Idee war, dass wir uns einen fiskalpolitischen Sicherheitsmechanismus überlegen sollten, über den wir selber die Kontrolle behalten würden, weil wir in Zukunft womöglich keine eigenständige Geldpolitik mehr hätten. Wir schlugen dann vor,

einen Fiskalpolitik-Rat einzurichten, um der Regierung dabei zu helfen, in guten Zeiten fiskalpolitische Disziplin zu üben. Das gibt es jetzt überall, damals war es ein Novum. Und es wurde wieder als undemokratisch und politisch völlig undurchsetzbar zurückgewiesen. Der Ministerpräsident war sogar so erzürnt, dass er bei einem Seminar zu diesem Thema aufkreuzte und vor allen Anwesenden kundtat, dergleichen werde es niemals geben.

PWP: Das war damals Göran Persson, ein Sozialdemokrat.

Calmfors: Ja. Die neue liberal-demokratische Regierung jedoch, die von 2006 an im Amt war, mochte die Idee zunächst und richtete den gerade erwähnten Fiskalpolitik-Rat ein. Ich war der erste Vorsitzende. Dann kritisierten wir die Regierung natürlich, und das traf dann auf deutlich weniger Gegenliebe. Aber der Rat war nun einmal eingerichtet und es gibt ihn bis heute. Solche Dinge geschehen immer wieder. Manche Ratschläge mögen verhallen, aber man hat auch immer einmal wieder Erfolg. Allerdings

kann man den Prozess nicht steuern, und es lohnt sich nicht, auch nur zu versuchen, die politische Opportunität korrekt vorherzusagen. Das kann man nicht. Taktik gehört zum Handwerk der Politiker, nicht der Wissenschaftler. Wenn man gute Vorschläge hat, muss man sie einfach machen. Immer wieder.

Mit Lars Calmfors sprach Karen Horn, Dozentin für ökonomische Ideengeschichte und Publizistin in Zürich. Lars Calmfors wurde von Bosse Johansson fotografiert, Karen Horn von Beatriz Barragán.

Zur Person

Forschung und Politikberatung

Lars Calmfors

Lars Calmfors, geboren 1948 in Stockholm, ist nicht aus Zufall Wirtschaftswissenschaftler geworden. Das Interesse für Wirtschaft kommt von seiner Mutter Wera. Sie hatte die Handelshochschule Stockholm – auf Englisch „Stockholm School of Economics“ – besucht. Dem Sohn wurde irgendwann klar, dass ihre Argumente in den politischen Gesprächen zuhause deshalb eine besondere Tiefe hatten, weil sie über volkswirtschaftliche Zusammenhänge Bescheid wusste. Die selbstverständliche Bereitschaft indes, mit einem solchen Wissen als Politikberater eine aktive öffentliche Rolle zu spielen, auch in der Presse, stammt vom Vater. Hans Calmfors war ein hoher Beamter in der Stockholmer Stadtverwaltung, zuletzt im Rang des Stadtsekretärs, und veröffentlichte als angesehener Jurist zahlreiche Aufsätze zum Kommunal- und Verwaltungsrecht. Er ist den beiden Söhnen – der jüngere Bruder von Lars Calmfors, Anders, ist Diplomat geworden – offenbar ein Vorbild auch darin gewesen, dass ein Sachverständiger vor allem eine akkurate rationale Analyse liefern muss, politisch unabhängig bleiben sollte und sich nicht verbiegen darf.

Nach der Gymnasialzeit leistete Calmfors seinen Militärdienst in der Sprachenschule der schwedischen Armee ab, wo er sowohl Russisch als auch Verhörmethoden erlernte. Im zivilen Leben ging es danach mit der Ausbildung an der Handelshochschule Stockholm weiter. Dort wurde Calmfors 1978 promoviert. Er wurde 1983 „Docent“, erhielt also die Lehrbefugnis. Das Schwedische Zentrum für Wirtschafts- und Politikstudien (SNS) berief ihn 1982 und ab 1986–1988 in seinen Konjunkturrat. Das SNS ist ein von einer breiten Allianz der Unternehmerschaft gesponserter einflussreicher Thinktank, mit dem Calmfors sein ganzes Berufsleben hindurch verbunden geblieben ist. Die Handelshochschule Stockholm ernannte ihn 1987 zum Professor für Makroökonomik. Schon ein Jahr später lockte ihn die Universität Stockholm von der Handelshochschule fort und ernannte ihn zum Professor für internationale Wirtschaftsbeziehungen am Institut für internationale wirtschaftswissenschaftliche Studien (IIES), dessen Leiter er 1995 wurde. Spätestens damit war klar, dass Calmfors weiterhin daheim in Schweden bleiben würde.

Im Zentrum seiner Forschungsarbeit standen dabei stets der Arbeitsmarkt und die europäische Währungsunion, deren Funktionsweise sowie die notwendigen institutionellen Arrangements für eine vernünftige Fiskalpoli-

tik. Seine frühen Forschungen drehten sich vor allem um Inflation und Arbeitslosigkeit in kleinen offenen Volkswirtschaften. In den achtziger Jahren konzentrierte er sich auf das Verhalten von Gewerkschaften und auf kollektive Tarifverhandlungen. Hier entstand das Konzept der Calmfors-Driffill-Kurve: Gemeinsam mit John Driffill stellte Lars Calmfors die Hypothese auf, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Koordination kollektiver Tarifverhandlungen und dem Lohndruck gibt, und folglich auch mit dem Umfang der Arbeitslosigkeit in einer Volkswirtschaft. Die entsprechende Kurve verläuft wie ein umgedrehtes U. Denn eine maximale Dezentralisierung der Lohnverhandlungen auf das Niveau einzelner Betriebe herab kann ebenso wie nationale Koordination Lohnzurückhaltung bewirken: auf Betriebsebene wegen des Wettbewerbsdrucks, auf nationaler Ebene deshalb, weil die umfassenden Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände

die vollständigen Auswirkungen von Lohnsteigerungen auf die Gesamtwirtschaft in den Blick nehmen. Wenn die Lohnverhandlungen auf Branchenebene stattfinden, ist keine dieser Kräfte stark genug, es folgt erheblicher Lohnsteigerungsdruck.

Außerdem befasste sich Calmfors mit der Interaktion zwischen Lohnbildung und Wirtschaftspolitik. In den späteren Jahren lag sein Fokus zum einen auf der Auswirkung von Arbeitsmarktprogrammen auf die Löhne und den Beschäftigungsgrad sowie zum anderen auf den Folgen der Währungsunion. Auch zum Design und Funktionieren von „Fiscal councils“ hat er gearbeitet, unabhängigen öffentlichen Einrichtungen zur Stärkung der Nachhaltigkeit in den Staatsfinanzen. In jüngster Zeit interessiert er sich am meisten für die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt und forscht über „Pattern bargaining“ in Schweden und vielen anderen europäischen Ländern. Unter Pattern bargaining versteht man eine Form der Koordination, in welcher die Industrie mit Verhandlungen voranschreitet und eine Norm für Lohnsteigerungen festsetzt, der sich dann die anderen Branchen anschließen.

Das SNS machte Calmfors 1990 zum Mitglied seines wissenschaftlichen Beirats, dessen Vorsitz er außerdem von 2001 bis 2009 innehatte. In den neunziger Jahren, von 1991 bis 1997, war er auch im Wissenschaftlichen Beirat der Schwedischen Zentralanstalt für Arbeit engagiert, einer Einrichtung des Arbeitsministeriums, und er beriet von 1993 bis 2001 als Vorsitzender des Schwedischen Wirtschaftsrats das Finanzministerium. Von 1995 bis 1996 amtierte er als Vorsitzender einer nach ihm benannten Regierungskommission zur Beratung über die Europäische Währungsunion: der Calmfors-Kommission. Die Kommission empfahl der Regierung und dem Parlament, dass Schweden der Währungsunion zu deren Start im Jahr 1999 nicht beitreten sollte. Dieser Empfehlung wurde Folge geleistet.

Calmfors wurde außerdem 1997 zum Mitglied des Amtes zur Evaluierung der Arbeitsmarktprogramme (IFAU) berufen, des Weiteren im Jahr 2000 zum Mitglied einer Kommission der schwedischen Regierung zur Stabilisierungspolitik für Vollbeschäftigung im Fall einer Mitgliedschaft in der Währungsunion. Zudem war er Mitglied in der European Economic Advisory Group (EEAG) des Münchner CESifo in den Jahren 2002 bis 2008 und 2011 bis 2012, zwei Jahre davon als stellvertretender Vorsitzender und zwei Jahre als Vorsitzender. Von 2007 bis 2011 stand Calmfors dem schwedischen Beirat für Finanzpolitik vor. Zudem wurde er 1997 Mitglied der Königlichen Schwedischen Akademie für Ingenieurwissenschaften, wo er von 1997 bis 1999 die ökonomische Abteilung als stellvertretender Vorsitzender vertrat. Im Jahr 2015 berief ihn die Organisati-

on der schwedischen Arbeitgeber als Vorsitzenden in einen eigens eingerichteten Wirtschaftsbeirat für den Arbeitsmarkt, der aber schon nach drei Jahren wieder aufgelöst wurde.

Seit seiner Emeritierung ist Calmfors am Forschungsinstitut für Industrieökonomik (IfN) in Stockholm wissenschaftlich beheimatet, einer privatwirtschaftlich organisierten Forschungseinrichtung. Diese ist von öffentlichen Einrichtungen und Stiftungen sowie zu einem wesentlichen Teil auch von der schwedischen Wirtschaft getragen; ansonsten setzt sie darauf, dass ihre Forscher ihren Lebensunterhalt durch das aktive Einwerben von Drittmitteln selbst finanzieren.

Ein besonderes Highlight in der Karriere von Lars Calmfors kam 1995 mit der Ernennung zum Mitglied der Königlichen Schwedischen Wissenschaftsakademie, in deren Vorstand er 2001 aufrückte. In den Jahren 1996 bis 1998 sowie 2003 bis 2007 war er in die Auswahl der Träger des Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften involviert, des Nachzüglers unter den Nobelpreisen, nachträglich gestiftet von der Schwedischen Reichsbank – eine überaus ehrenvolle Aufgabe, von der viele Fachkollegen nur träumen können. Es habe durchaus Spaß gemacht, sagt er im Gespräch ein wenig verlegen, doch er sei überrascht gewesen, dass damit derart viel Arbeit verbunden sei. Außerordentlich viel. „Wenn jemand den Nobelpreis bekommt, dann ist er zuvor schon viele, viele Jahre gründlich überprüft worden“, erklärt er. „Die Kommission gibt bei den weltbesten Ökonomen eine Vielzahl von Gutachten über die Kandidaten und ihre Forschungsthemen in Auftrag, mindestens 10 bis 15 pro Fall. Die mussten wir erst einmal lesen und uns ein Bild machen.“ Dass das Komitee mit der Kür des Laureaten gelegentlich auch eine politische Botschaft verbinde, wie es in Gerüchten heißt, hält er für vollständig abwegig. Zu seiner Zeit jedenfalls sei das nicht vorgekommen. Auf politische Trends zu reagieren, sei eigentlich auch schon deshalb gar nicht möglich, weil jemand, der den Preis bekomme, schon seit Jahren unter genauer Überprüfung gestanden habe und nahe dran gewesen sei, ihn zu bekommen, unabhängig vom jeweiligen politischen Klima.

Das Schwierigste aber sei gewesen, überhaupt die für den Nobelpreis relevante Frage nach der einen bahnbrechenden wissenschaftlichen Leistung zu beantworten. Viele Jahre nach einem wissenschaftlichen Durchbruch sei es gar nicht so einfach, diesen auf eine einzelne Person und ein bestimmtes Paper aus dessen Feder zurückzuführen. „Oft geschieht es, dass ein Wissenschaftler eine neuartige Idee hat, sie aber eher unpräzise ausgeführt hat, und dann kommt jemand daher, der diese Idee aufgreift und aus ihr ein schönes pädagogisch wertvolles Modell macht“, sagt

Calmfors. Doch wie soll man das gewichten, wer soll da im Vergleich besser abschneiden? Oder sind beide gleichauf und deshalb auch im Doppelpack mit den Nobel-Würden zu ehren? Bei wem in ihrem Gefolge hört man dann sinnvollerweise auf? Und woher will man überhaupt wissen, wer zuerst da war? Wie Calmfors sagt, kommt es durchaus vor, dass mehrere Wissenschaftler die gleiche Idee zur gleichen Zeit entwickeln, einfach weil es der nächste logische Schritt in der Entwicklung sei. Sie dann in eine chronologische und logische Abfolge zu bringen, sei überhaupt nicht leicht. Man müsse sich dafür nicht nur anschauen, wer wann welche Aufsätze oder Working papers geschrieben habe, sondern auch, wer wen auf Konferenzen getroffen und sich womit durchgesetzt habe.

Die Wahl von Edmund Phelps zum Nobelpreisträger 2006 sei zum Beispiel ein schwieriger Fall gewesen. Seine Kritik der Philips-Kurve sei sehr wertvoll gewesen, aber auch seine Arbeiten zur „Golden rule“ der Kapitalakkumulation. Dieselbe Idee hatte jedoch auch Maurice Allais gehabt. Nur hatte der Franzose den Preis schon erhalten, wenn auch für etwas anderes. „Das ist die Angst, die man in dieser Rolle hat“, sagt Calmfors, „dass einem so etwas entgeht“. Es gelte alles genau anzusehen und lange darüber diskutieren, bis Einigkeit herrsche. „Das war, was ich an dieser Aufgabe nicht so sehr mochte“, gesteht Calmfors ein. „Ich liebe die Forschung, und ich nehme gerne an der Politikdebatte teil. Aber das hier war wie die Arbeit eines

Historikers.“ Die Geschichte des ökonomischen Denkens ist allerdings nicht gerade das, was ihn an der Ökonomie fasziniert. Sein Arbeitsethos litt darunter natürlich nicht: „Man musste das äußerst sorgfältig machen.“

Im Einzelnen ist der Arbeitsablauf für den Nobelpreis so organisiert, dass das Komitee, wie Calmfors sagt, „die ganze Arbeit macht“. Wenn man alle Unterlagen beieinander hat und einen Favoriten hat, steht das Treffen mit der gesamten Klasse der Sozialwissenschaftler in der Königlichen Akademie an. Sie gilt es dann als Nächstes zu überzeugen. Erst danach wird die Entscheidung von der gesamten Akademie gefällt, in der jedes Mitglied, gleich welchen Fachbereichs, dasselbe Stimmgewicht hat. Die Entscheidung fällt erst am Tag der Verkündung, damit es nicht zu Nachrichtenlecks kommen kann – allerdings ohne irgendeine Gewissheit. „Man weiß nie, ob die Kollegen wirklich zustimmen werden. Wenn es eine Änderung in letzter Minute gäbe, wäre das eine echte Katastrophe. Einen Plan B gibt es nicht“, erzählt Calmfors. Das wäre mit zu viel Aufwand verbunden.

Hätte er denn, wenn er sich etwas wünschen könnte, einen Favoriten für die nächsten Nobelpreise? „Ich müsste darüber kurz nachdenken“, sagt Calmfors und schweigt einen Augenblick, „aber ich bin immer noch Mitglied der Akademie: Dazu sollte ich mich nicht äußern, auch nicht privat“. Als guter Schwede – und Lutheraner – befolgt er gewissenhaft die Regeln, die ihm auferlegt sind. (orn.)